

Antrag

der Abgeordneten Nicole Maisch, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Sven-Christian Kindler, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bericht zum Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Lebensmittelkrisen erfordern eine besonders schnelle und wirksame politische Steuerung, da Gesundheit und Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch die wirtschaftliche Existenz von landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Betrieben erheblich hiervon abhängen. Als Folge der BSE-Krise im Jahr 2001 wurden Risikobewertung und Risikomanagement getrennt und organisatorisch neu aufgebaut.

Zahlreiche Krisen mussten seitdem bewältigt werden. Gammelfleisch, Lebensmittelkontaminationen beispielsweise mit Dioxin, Tierfuttermittelverunreinigungen bis hin zu lebensmittelvermittelten Darminfektionen haben unterschiedliche Anforderungen an die Bearbeitung gestellt. Besondere Herausforderungen stellen dabei die effiziente Koordination der Lebensmittelüberwachungsbehörden und die zeitnahe Information der Verbraucherinnen und Verbraucher dar. Der Deutsche Bundestag sieht es als seine Aufgabe an, diesen Prozess nach nunmehr zehn Jahren zu analysieren und die Funktionsfähigkeit des Risikomanagements zu überprüfen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bis Ende Oktober 2011 einen Bericht über die Erfahrungen der Bundesregierung seit dem Jahr 2001 mit dem Risikomanagement im Verbraucherschutz, insbesondere zur Koordination der Länder und der Informationspolitik der Bevölkerung in Lebensmittelkrisen, vorzulegen. Der Erfahrungsbericht ist mit Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des Risikomanagements in Lebensmittelkrisen zu ergänzen.

Berlin, den 7. Juni 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Ein funktionierendes Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen ist von besonderem öffentlichen Interesse. Eine Überprüfung des Krisenregimes ist zehn Jahre nach der Neuorganisation angezeigt. Auf einzelne Hinweise wie Abstimmungsdefizite bei Lebensmittelwarnungen und Koordinationsschwierigkeiten zwischen Bund und Länder sind ein besonderes Augenmerk zu legen.